



Zu Beethoven

Der deutsch-österreichische Dirigent und Komponist Michael Gielen feiert heute seinen 90. Geburtstag. Elvira Seibert und Paul Fiebig sprachen mit dem Musiker über Hörgewohnheiten, Interpretationen und musikalische Traditionen

SEITEN 12/13

Kampfjet

»Revolution« in der EU-Rüstungsindustrie? Deutsch-französische Kooperation wirft Fragen auf

3

Schlussvortrag

NSU-Prozess: Plädoyer der Anklage verzögert sich. Siehe auch Kommentar auf Seite 8

4

Siegestaumel

Venezuelas Rechte will nach »Plebizit« Gegenregierung bilden. Streit um Zahlen der Beteiligten

6

Lesestoff

Frischer Wind: Kubanische Medien wenden sich kritischer dem Alltag der Menschen zu

15

Brüssel droht Warschau

Streit um neues Justizgesetz wird zum Machtkampf zwischen Polen und der EU. Emotionale Nachtsitzung des Sejm ohne Lösung. **Von Reinhard Lauterbach, Poznan**

Die EU ergreift im Streit um die Justizreform in Polen Partei auf seiten der Opposition. Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans sagte am Mittwoch in Brüssel, das Gremium sei »sehr nahe daran«, gegen Warschau ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Was die PiS-Regierung vor habe, sei ein »ernster Angriff auf den Rechtsstaat« und damit auf ein Fundament der europäischen Integration.

Eine Entscheidung auf EU-Ebene könne schon nächste Woche fallen, so Timmermans. Das Verfahren nach Artikel 7 des Vertrags von Lissabon sieht verschiedene Sanktionsmöglichkeiten bis hin zum Entzug der Stimmrechte im Europäischen Rat vor. Die aus Polen stammende Binnenmarktkommissarin Elzbieta Bienkowska schob später im Pressesaal der Kommission eine »private« Stellungnahme nach, und äußerte ihren »Eindruck«, dass die gegenwärtigen Vorgänge in Polen mit Sicherheit Einfluss auf das Geld haben werde, das die EU in der nächsten Budgetperiode ab 2020 dem Land bewilligen werde.

Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn hatte am Mittwoch morgen im ZDF erklärt, Polen in seinem heutigen Zustand wäre niemals in die EU aufgenommen worden, weil es die Kopenhagener Kriterien, die u. a. rechtsstaatliche Verfahren verlangen, nicht erfülle. Regierungspolitiker in Warschau gaben sich von dem in Brüssel aufgebauten Druck unbeeindruckt. Der PiS-Abgeordnete Stanislaw Pieta sagte in Richtung Timmermans, »dieser Herr« kompromittiere »sich und die Institution, für die er steht«. Die PiS werde kein Jota von ihrem Weg abweichen.



Protest mit Verfassung: Am Dienstag abend demonstrierten Zehntausende in Warschau gegen die geplante Justizreform

Auf diesem Weg – mittels verschiedener Gesetzesnovellen soll eine direkte Steuerung der Justiz durch die Regierung erfolgen – tauchte am Dienstag jedoch eine unerwartete Kurve auf. Staatspräsident Andrzej Duda, ebenfalls von der PiS, drohte am Nachmittag indirekt mit einem Veto, wenn nicht die Parlamentsmehrheit einige von ihm vorgeschlagene Änderungen verabschiedete. So soll die alles entscheidende Instanz bei Richterberufungen künftig nicht mehr der Justizminister sein, sondern der Präsident, und statt einer einfachen soll künftig eine qualifizierte Mehrheit von 60 Prozent erforderlich sein. Politiker der Opposition wiesen

Dudas Vorschlag als Mogelpackung zurück, die die Absicht der PiS unangetastet lasse, die Justiz unter stärkere parteipolitische Kontrolle zu stellen.

Eine am späten Dienstag abend angesetzte Sejm-Sitzung zur zweiten Lesung geriet zu großem Parlamentstheater. Die Opposition stellte mehr als 1.000 Änderungsanträge und zitierte unter anderem den früheren Staatspräsidenten Lech Kaczynski mit Äußerungen zur Würdigung des Rechtsstaats. Das brachte PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski zum Ausrasten. Er stürmte die Rednerbühne und schrie die Oppositionsvertreter an, sie sollten aufhören, »ihre Verräterfressen am Andenken

meines seligen Bruders abzuwischen«, den die Opposition »zerstört und ermordet« habe. Die Liberalen seien »Kanaillen«.

Die Abgeordnete Kamila Gasiuk-Pihowicz von der liberalen Partei nannte Kaczynski daraufhin einen »Flegel ohne Kinderstube«. Der Rest der Sitzung ging im Tumult unter. Am Mittwoch morgen wurden die Projekte in den zuständigen Ausschuss geschickt. Vor dem Sejm sowie in anderen polnischen Städten protestierten während der Debatte zahlreiche Menschen gegen die Justizreform. Allein in Warschau sollen sich am späten Dienstag abend 30.000 Demonstranten versammelt haben.

Berlin bestellt türkischen Botschafter ein

Nach Inhaftierung von Menschenrechtlern: Diplomatische Krise zwischen Türkei und BRD eskaliert

Wegen der Inhaftierung von fünf Menschenrechtsaktivisten in der Türkei ist der türkische Botschafter ins Auswärtige Amt zitiert worden. Man habe ihm am Mittwoch »klipp und klar« gesagt, dass die Verhaftungen nicht nachvollziehbar und vermittelbar seien, sagte ein Sprecher in Berlin. Der Botschafter habe zugesichert, seine Regierung wisse nun, dass die Forderung nach einer unverzüglichen Freilassung des deutschen Menschenrechtlers Peter Steudtner, »ernst« ist. Diese und den konsularischen Zugang zum Inhaftierten

hatte die Bundesregierung gefordert. Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) ließ bekanntgeben, er werde seinen Urlaub wegen der »dramatischen Verschärfung« abbrechen und bereits am Donnerstag wieder in Berlin sein. Regierungssprecher Steffen Seibert sprach von einer »traurigen Situation«. Derzeit würden die EU-Hilfen für die Türkei von der EU-Kommission in Brüssel überprüft. Das US-Außenministerium hatte bereits am Dienstag in Washington erklärt: »Die Vereinigten Staaten verurteilen die Inhaftierung von sechs respektierten Menschen-

rechtlern und verlangen ihre sofortige Freilassung.«

»Diese Unterstellungen sind total absurd«, hatte Steudtners Partnerin Magdalena Freudenschuss am Mittwoch der Deutschen Presse-Agentur in Istanbul erklärt. »Sie sind fast das Gegenteil dessen, wofür Peter und Ali und die anderen Menschenrechtsverteidiger mit ihrer Arbeit stehen.« Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hatte sie zuvor in die Nähe von Putschisten gerückt, ein Untersuchungsrichter stuft sie nun als Terrorverdächtige ein.

Die Verhaftung der Beschuldigten steht in einer Reihe von Inhaftierungen seit dem gescheiterten Putschversuch vom 16. Juni 2016 in der Türkei, darunter des türkisch-deutschen Buchautors Deniz Yücel und der Landesdirektorin von Amnesty International, Taner Kilit. Sevim Dagdelem, Fraktionssprecherin für Internationale Beziehungen der Partei Die Linke erklärte auf jW-Nachfrage: »Erdogan ist zum Geiselnahmer deutscher Staatsbürger geworden. Deshalb brauchen wir dringend eine Reisewarnung durch das Auswärtige Amt für die Türkei.« (jW)

Italien: Polizei gibt Folter bei G-8-Gipfel zu



Rom. Die Polizei in Italien hat erstmals offiziell Misshandlungen von Demonstranten am Rande des G-8-Gipfels in Genua 2001 eingeräumt. »Ich sage klar und deutlich, dass es Folter gab«, sagte der italienische Polizeichef Franco Gabrielli am Mittwoch der Tageszeitung *La Repubblica*. Gabrielli sprach über die damaligen Vorfälle, einen Monat nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Italien zum zweiten Mal wegen des brutalen Vorgehens der Polizisten verurteilt hatte. Erst seit Anfang Juli gilt Folter in dem Land zudem als Straftatbestand. Gabrielli nannte das Sicherheitskonzept des Gipfels der großen Industrienationen im Jahr 2001 »eine Katastrophe«, behauptete aber auch, dass sich bei der Polizei in Italien seitdem viel geändert habe. (dpa/jW)

Bayern weitet »Präventivhaft« aus

München. Sogenannte terroristische Gefährder können in Bayern von August an länger eingesperrt werden. Der Landtag in München stimmte am Mittwoch für das »Polizeiaufgabengesetz«, das die Erhöhung der »Präventivhaft« von 14 Tagen auf bis zu drei Monate vorsieht. Künftig können Richter alleine anordnen, wie lange diese für Terrorverdächtige dauert. Nach drei Monaten kann ein Richter die Haft sogar erneut verlängern. Die Einführung des Begriffs »drohende Gefahr« nach den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts ermöglicht das. Zum »Schutz der Gesellschaft braucht es einen starken Staat«, frohlockte Innenminister Joachim Herrmann (CSU). Die Bürgerrechte in Deutschland würden nicht von den Behörden durch Gesetze oder Überwachung bedroht, sondern von »Extremisten und Chaoten«, wie sich beim G-20-Gipfel in Hamburg gezeigt habe. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.061 Genossinnen und Genossen (Stand 7.7.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

